

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

19. Februar 2010

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend die organisierte Suizidhilfe. Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die Suizidhilfeorganisationen sind zu einem staatspolitischen Problem geworden, was der Bundesrat – endlich! – erkannt und thematisiert hat, nicht zuletzt dank den diversen Vorstössen der EVP auf nationaler und kantonaler Ebene. Die heute gültige Regelung genügt in keiner Weise, weil sie auf Suizidhilfeorganisationen kaum vernünftig anwendbar ist. Der Handlungsbedarf für den Gesetzgeber ist ausgewiesen. Weil die Suizidhilfe eines der höchsten Rechtsgüter betrifft, muss der Gesetzgeber dabei äusserste Sorgfalt walten lassen.

**1. Palliative Care fördern und ausbauen**

Die EVP begrüsst es ausserordentlich, dass sich Bund und Kantone auf eine „Nationale Strategie Palliative Care“ geeinigt haben. Auch wenn diese nicht Gegenstand obiger Vorlage ist, muss im Zusammenhang mit der Einschränkung der Suizidhilfe unbedingt auf den Ausbau der Palliative Care verwiesen werden, der gleichzeitig zu erfolgen hat. Palliative Care ermöglicht in den meisten Fällen ein Lebensende in Würde ohne unerträgliche körperliche und seelische Qualen und steigert die Lebensqualität entscheidend. Oft wird auch die Angst vor dem Tod gemildert oder der Wunsch, diesen selbst herbeizuführen. Der EVP ist bewusst, dass Palliative Care kein Allheilmittel ist. Dennoch verdient sie die aktive staatliche Förderung und Unterstützung und ist in den allermeisten Fällen der Suizidhilfe klar vorzuziehen.

**2. Für ein Verbot der organisierten Suizidhilfe**

Für die EVP besteht die einzig ethisch vertretbare und auch einfachste Lösung in einem Verbot der organisierten Suizidhilfe gemäss Variante 2 der Vernehmlassung. Aus folgenden Gründen:

- **Fehlgeleiteter Würdebegriff**

Befürworter und Gegner der Suizidhilfe sind sich über das Ziel eines würdevollen Sterbens einig. Doch was heisst das? Suizidhilfebefürworter sind der Ansicht, dass der Mensch im Leiden, im Kontrollverlust von Körperfunktionen oder in „beschämender“ Abhängigkeit von anderen seine Würde verliere. In ihren Augen ist nur ein selbstbestimmtes Leben ein würdevolles Leben. Nein! Die Würde eines Menschen ist unteilbar, sie geht nicht verloren, wenn er krank, pflege- oder hilfsbedürftig wird. Vielmehr: Der Mensch als soziales Wesen erhält seine Würde gerade dadurch zugesprochen, wenn ihm seine Mitmenschen zu verstehen geben, dass er als Individuum kostbar ist und er es verdient, bis zu seinem Lebensende umsorgt und gepflegt zu werden. Sterben in Würde bedeutet nicht, das Ende selber bestimmen zu können. Sterben in Würde heisst, wenn immer möglich im Kreis seiner Lieben, medizinisch und pflegerisch umsorgt, das Leben loslassen zu können.

- **Kein Gebot der Mitmenschlichkeit**

Aus obigem folgt, dass mit wenigen Ausnahmen nicht argumentiert werden kann, die Beihilfe zum Suizid sei aus Gründen der Mitmenschlichkeit geboten. Menschen, die schwerkrank sind oder sich in einer Lebenskrise befinden, brauchen persönliche Zuneigung (Liebe!) sowie intensive pflegerische und medizinische Betreuung. Suizidhilfe ist keine Antwort, wenn sie Leid nicht durchträgt, sondern ausmerzt; wenn sie Schweres nicht aushalten, sondern bloss aus der Welt schaffen will.

- **Suizidhilfe setzt kranke und pflegebedürftige Menschen unter Druck**

Für die EVP ist absolut zentral, dass kein sozialer Druck auf kranke, pflege- oder hilfsbedürftige Menschen entstehen darf, sich selber umzubringen, sei es um Kosten zu sparen angesichts des teuren Gesundheitssystems, sei es weil man dem Umfeld nicht zur Last fallen will. Wird die Suizidhilfe im aktuellen Gesetzgebungsprozess normalisiert, wird bald die Frage auftauchen, ob schwerstpflegebedürftige Menschen wirklich noch ein Leben mit Qualität führen und ob es nicht viel humaner (und ökonomisch sinnvoller) sei, wenn man diese Menschen „würdevoll“ in den Tod begleite. Diesem Denken gilt es heute einen Riegel zu schieben.

- **Kein Vertrauen in die Suizidhilfeorganisationen**

Die EVP hat jegliches Vertrauen in die Suizidhilfeorganisationen verloren. Sie nimmt mit allergrösstem Befremden zur Kenntnis, dass beispielsweise EXIT Deutsche Schweiz nicht einmal gewillt ist, die minimalen Standards des Bundesrates gemäss Variante 1 mitzutragen (weil sie diese als realitätsfremd und bürokratisch empfindet), obwohl der Bundesrat den Suizidhilfeorganisationen in dieser Variante 1 sehr weit entgegenkommt. Noch einmal: Suizidhilfe tangiert mit dem Leben eines der höchsten Rechtsgüter. Entsprechend ist höchste Sorgfalt geboten. Sollen Organisationen, die zu dieser fundamentalen Einsicht nicht fähig zu sein scheinen, Menschen in den Tod begleiten dürfen? Die EVP ist klar der Ansicht: Nein. Dignitas ihrerseits kann unseres Erachtens den dringenden Verdacht nicht widerlegen, dass sie mit der Suizidhilfe ein regelrechtes Geschäft betreibt und sich an den Sterbewilligen bereichert. Das ist nicht nur äusserst verwerflich, damit ist unseres Erachtens auch der Straftatbestand der Suizidhilfe aus selbstsüchtigen Gründen mehr als erfüllt. Die Praktiken der Suizidhilfeorganisationen widersprechen dem von ihnen behaupteten Ziel eines Sterbens in Würde diametral. Damit hat sich die organisierte Suizidhilfe in der Schweiz diskreditiert.

- **Wie viel Medizin am Lebensende? Patientenverfügungen schaffen Klarheit**  
Viele bejahen die Suizidhilfe, weil sie befürchten, im Alter oder im Krankheitsfall nur noch von Schläuchen und Maschinen am Leben erhalten zu werden. Diese Sorge ist verständlich. Zuweilen unternimmt die Medizin tatsächlich zu viel, obwohl eine Person klar den Wunsch äussert, sterben zu können. In Patientenverfügungen kann aber festgehalten werden, dass der Arzt bei tödlicher Krankheit und schlechter Prognose Medikamente, die Schmerzen oder andere physische Leiden lindern, auch in Dosierungen verschreiben darf, die ein adäquates Risiko das Leben betreffend beinhalten. Ebenfalls ist es möglich zu regeln, wann Maschinen und Schläuche allenfalls abgestellt oder entfernt werden sollen. So kann man sich vorsehen, leidendes Opfer der modernen Medizin und ihrer immer grösseren Möglichkeiten zu werden. Dazu braucht es keine Suizidhilfeorganisationen.
- **Fehlende Ehrfurcht vor dem Leben**  
Beihilfe zum Suizid widerspricht der Ehrfurcht vor dem Leben. Unseres Erachtens ist es nicht am Menschen, das Ende des Lebens zu bestimmen. Das ist allein dem Schöpfer vorbehalten.

### **3. Sterbeprozess nicht abwürgen**

Die EVP anerkennt die Not der von schweren Krankheiten betroffenen Menschen. Einige von ihnen scheiden aus Furcht vor einem möglicherweise qualvollen Tod lieber vorzeitig aus dem Leben. Nur schon das Wissen um diese Möglichkeit kann die Last der Krankheit erheblich mildern. Ein Totalverbot der Suizidhilfe kann diese Menschen um einen letzten Ausweg bringen, den sie für sich ernsthaft in Erwägung ziehen.

Heute besteht jedoch die Gefahr, dass zu oft und zu rasch Suizidhilfe beansprucht wird. Die EVP warnt davor, den Sterbeprozess durch Suizid und Suizidhilfe abzuwürgen. Bei aller Hochhaltung von Werten wie Mündigkeit und Selbstbestimmung im Gegenüber von Menschen und Systemen, gehört es doch zum Sterbeprozess, dass die Selbstbestimmung natürlicherweise aufhört und Sterbende sich dem Geschehen überlassen. In diesem Zusammenhang sind die Erkenntnisse von Monika Renz, Sterbeforscherin und Leiterin der Psychoonkologie am Kantonsspital St. Gallen, aus der Beobachtung von über 600 Sterbenden absolut bemerkens- und lesenswert<sup>1</sup>: „Die Debatte über Sterbehilfe hat Folgen für die Patienten. Die Würde des Aushaltens ist ihnen genommen. Die Versuchung, Nein zu sagen statt loszulassen, nimmt zu. Und das wiegt schwer, denn im Nein sind Spannung und Schmerz grösser.“<sup>2</sup>

### **4. Nichts tun ist keine Alternative – Handlungsbedarf klar ausgewiesen**

Insbesondere die Erfahrungen im Kanton Zürich haben gezeigt, dass die heute für eine Bestrafung erforderlichen, selbstsüchtigen Beweggründe bei den Suizidhilfeorganisationen zwar häufig vorhanden sein dürften, der Nachweis dieser Beweggründe für die Staatsanwaltschaft aber ausserordentlich schwierig ist. Der Hinweis, eine strengere Anwendung der geltenden Gesetze reiche aus, ist damit entkräftet und der Handlungsbedarf für den Gesetzgeber ausgewiesen. Der Status quo ist keine Alternative. In einem solch heiklen Bereich, wo der Schutz des Lebens tangiert wird, verträgt es keine rechtliche Grauzone. Der heutige Art. 115 StGB hat die natürlichen Personen vor Augen; das Kriterium selbstsüchtiger Motive ist auf die organisierte Suizidhilfe kaum vernünftig anwendbar.

<sup>1</sup> Renz, Monika (2008): Zeugnisse Sterbender. Paderborn.

<sup>2</sup> Renz, Monika (2008): Was ist gutes Sterben? Beobachtungen und Einsichten aus der Begleitung Sterbender. In: [http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/was\\_ist\\_gutes\\_sterben\\_1.692354.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/was_ist_gutes_sterben_1.692354.html)

## **5. Suizidhilfe im Strafrecht regeln – kein eigenständiges Gesetz erlassen**

Die EVP Schweiz begrüsst es, dass der Bundesrat die Suizidhilfe im Strafrecht regeln will und kein eigenständiges Spezialgesetz vorschlägt. Denn legiferieren heisst auch legitimieren. Mit einem eigens für die organisierte Suizidhilfe geschaffenen Gesetz würde diese gewissermassen geadelt und gesellschaftlich und ethisch normalisiert. Das gilt es zu vermeiden. Die Ansiedlung im Strafrecht signalisiert, dass der Staat als Hüter über die Unversehrtheit menschlichen Lebens die Suizidhilfe einschränken muss. Suizidhilfe ist eine Angelegenheit des Strafrechts, sie gehört grundsätzlich bestraft. Die Politik kann Ausnahmen von diesem Grundsatz vorsehen. Die EVP Schweiz ist allerdings der Ansicht, dass sie dies nicht tun sollte.

## **6. Anmerkungen zur Variante 2 des Vorentwurfs**

In Variante 2 könnte kürzer und knapper formuliert werden, um Definitions- und Abgrenzungsprobleme zu vermeiden, was nun als Suizidhilfeorganisation zu gelten hat und was nicht:

### **Art. 115 StGB und Art. 119 MStG**

Wer jemanden zum Suizid verleitet oder ihm dazu Hilfe leistet, wird, wenn der Suizid ausgeführt oder versucht wird, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

## **7. Anmerkungen zur Variante 1 des Vorentwurfs**

Die in Variante 1 vorgeschlagene Regelung erscheint der EVP Schweiz absurd: einerseits schützt der Staat das Leben als eines der höchsten Güter, andererseits stellt er Richtlinien auf, unter welchen Bedingungen man mithelfen darf, dieses zu zerstören und zu beenden.

Vielen Ärztinnen und Ärzten macht es grosse Mühe, dass sie einerseits bei Suizidversuchen alle medizinischen Möglichkeiten zur Rettung der Patienten ausschöpfen – das erwartet die Gesellschaft auch so – und andererseits Regeln aufgestellt werden, wie wer wem beim Suizid helfen darf. Wie schwierig die Umsetzung von Variante 1 sein dürfte, zeigt die Reaktion der Schweizer Ärzteschaft, welche die Suizidhilfe nicht zu ihren Aufgaben zählen will und stattdessen ausgebildete Suizidhelferinnen und –helfer fordert. Doch was für eine Ausbildung müssten diese haben, wenn nicht eine medizinische, um für diese Tätigkeit überhaupt in Frage zu kommen? Lässt der Staat die Suizidhilfe zu, gibt es für die Ärzteschaft kein Entrinnen aus dem Dilemma zwischen Lebensretter und Sterbehelfer.

### **Kein Geschäft mit der Suizidhilfe**

Unzureichend sind die Bestimmungen bezüglich der finanziellen Entschädigung der Suizidhelfer. Es darf kein wie auch immer geartetes finanzielles Interesse bestehen, Suizidhilfe zu leisten – und sei es auch noch so minimal. Hier müssen die Suizidhilfeorganisationen den Tatbeweis ihrer – wie immer wieder betont wird – ideellen Motivation antreten. Suizidhilfe darf nur dann straffrei sein, wenn die Personen oder Organisationen, die Suizidhilfe leisten, dafür absolut keine finanziellen Leistungen oder andere geldwerte Vorteile von der suizidwilligen Person oder ihrem Umfeld erhalten. Art. 115 Abs. 2 Bst. f muss deshalb lauten:

### **Art. 115 Abs. 2 Bst. f StGB und Art. 119 Abs. 2 Bst. f MStG**

Der Suizidhelfer erhält keine finanziellen Leistungen oder andere geldwerte Vorteile weder von der suizidwilligen Person, noch von ihrem Umfeld, noch von der Suizidhilfeorganisation.

Entsprechend muss auch Art. 115 Abs. 3 Bst. b lauten:

**Art. 115 Abs. 3 Bst. b StGB und Art. 119 Abs. 3 Bst. b MStG**

die Suizidhilfeorganisation von der suizidwilligen Person oder von ihren Angehörigen geldwerte Leistungen erhält.

**Sterbetourismus stoppen**

Es ist zweitens absolut uneinsichtig und unnötig, weshalb die Schweiz als letzte Destination für Suizidwillige aus ganz Europa erhalten sollte. Die Schweiz erleidet dadurch einen beträchtlichen Imageschaden, da die hiesige Gesetzgebung in den Herkunftsländern je länger desto weniger verstanden wird. In der kurzen Frist, in der die Suizidwilligen in der Schweiz weilen, können Urteilsfähigkeit und Konstanz des Sterbewunsches unmöglich sorgfältig abgeklärt werden. Zudem wird dies zwangsläufig von Ärzten vorgenommen, welche die Betroffenen und ihre Leidensgeschichte kaum kennen. Entsprechend fordert die EVP ein Verbot des Sterbetourismus:

**Art. 115 Abs. 2 Bst. h StGB und Art. 119 Abs. 2 Bst. h MStG**

Die suizidwillige Person ist in der Schweiz ansässig.

**Positiv hervorzuhebende Punkte in Variante 1**

Legt der Bundesrat dem Parlament Variante 1 zur Beratung vor, müssen in der Botschaft folgende Punkte unbedingt bestehen bleiben:

- der Suizidwunsch wohlervogen sein und auf Dauer bestehen muss (Abs. 2, Bst. a),
- zwei von der Suizidhilfeorganisation unabhängige Ärzte einerseits Urteilsfähigkeit und andererseits das Vorliegen einer unheilbaren Krankheit mit unmittelbar bevorstehender Todesfolge bestätigen müssen (Bst. b und c),
- damit die Suizidhilfe an psychisch Kranken oder nur vorübergehend Suizidwilligen verunmöglicht wird (Bst. a und c),
- der suizidwilligen Person Alternativen angeboten und vermittelt werden müssen (Bst. d),
- die Suizidhandlung mit einem ärztlich verschriebenen Mittel ausgeführt werden muss (Bst. e) und
- jede Suizidbegleitung vollständig dokumentiert werden muss (Bst. g).
- auch die verantwortlichen Personen einer Suizidhilfeorganisation zur Rechenschaft gezogen werden, falls eine Voraussetzung nach Abs. 2 nicht erfüllt ist (Abs. 3, Bst. a).

**8. Schlussbemerkungen**

Soweit die Anmerkungen der EVP Schweiz. Die Aufgabe des Staates ist es, die umfassende Versorgung von hilfsbedürftigen und leidenden Menschen sicherzustellen und nicht mittels Beihilfe zur Selbsttötung über Leben und Tod zu entscheiden. Suizidhilfe verletzt die ethische Verpflichtung, diesen Beistand bis ans Lebensende zu leisten. Deshalb muss die organisierte Suizidhilfe unter Strafe gestellt werden. Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier